



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### ERNEUTER ANSTOSS FÜR DAS STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2013

Der Bundesrat hat am heutigen Freitag (14.03.2014) entschieden, dass er den Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (Steuervereinfachungsgesetz 2013) in den Bundestag einbringt. Vergangenen Donnerstag, den 06.03.2014 hatten Hessen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beantragt, den vom Bundesrat bereits am 14.12.2012 beschlossenen Entwurf erneut im Bundestag einzubringen. Ausschussberatungen sollen nicht stattgefunden haben.

Der ursprüngliche Gesetzesentwurf wurde vom Bundesrat am 31.01.2013 in den Bundestag eingebracht. Daraufhin hatte die damalige (schwarz-gelbe) Bundesregierung eine überwiegend ablehnende Stellungnahme zu dem Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes 2013 abgegeben (siehe hierzu BID Steuerpolitik 2013.06). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

#### RAT DER EU-WIRTSCHAFTS- UND FINANZMINISTER KÜNDIGT BALDIGE ANNAHME DER ZINSBESTEUERUNGSRICHTLINIE AN

Am 11.03.2014 trafen die Wirtschafts- und Finanzminister der EU zusammen. Dabei wurde angekündigt, dass der seit Jahren blockierte Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen voraussichtlich Ende März 2014 mit Zustimmung der Länder Luxemburg und Österreich angenommen werde (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2013.52).

#### Hintergrund:

Pressemitteilung des Rates der EU-Wirtschafts- und Finanzminister vom 11.03.2014: <http://goo.gl/qOzVcz>

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen vom 13.11.2008: <http://goo.gl/kMIIOI>

#### DRITTE SITZUNG DER EU-EXPERTENGRUPPE ZUR DIGITALEN BESTEUERUNG

Am 13./14.03.2014 findet die dritte Sitzung der Expertengruppe der EU-Kommission zur digitalen Besteuerung statt (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2014.06). Bis Ende Juni 2014 sollen Lösungsvorschläge an die Kommission übermittelt werden.

## EDITORIAL

Liebe Leser,

am Mittwoch dieser Woche hat das Kabinett den überarbeiteten Entwurf für den Bundeshaushalt 2014, die Eckwerte für 2015 sowie den Finanzplan bis 2018 beschlossen. 2014 soll es nur noch eine Neuverschuldung von 6,5 Mrd. Euro geben – der aufgrund hoher Steuereinnahmen niedrigste Wert seit 2000. Ohne Konjunktur- und Einmaleffekte liegt schon für dieses Jahr ein ausgeglichener Haushalt vor. 2015 will die Regierung sodann für die Ausgaben i. H. v. 298,5 Mrd. Euro ohne neue Kredite auskommen. Damit plant die Bundesregierung erstmals seit 1969 wieder einen Haushalt ohne neue Schulden und erfüllt die Vorgaben der Schuldenbremse. Gleiches wird für die Jahre 2016 bis 2018 angepeilt. Um diese Ziele zu erreichen, werden u. a. die Zuschüsse des Bundes an die gesetzlichen Krankenkassen gekürzt. Den Planungen zufolge werden die Ausgaben jährlich um 2,2 % wachsen. Gleichzeitig sollen die Steuereinnahmen von 268,9 Mrd. Euro in diesem Jahr auf 311,6 Mrd. Euro zunehmen, wobei die ursprünglich geplanten Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer inzwischen nicht mehr Gegenstand der Etatplanungen sein sollen. Es bleibt zu hoffen, dass das eingepreiste Wirtschaftswachstum erhalten bleibt, sonst müssten die Planungen wieder einmal revidiert werden.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 6

### → OUTGOING ..... 7 – 8

vom 10.03. bis 14.03.2014

Kabinettsbeschluss zum Gesetzentwurf über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014

u. a.

### → BFH-ENTSCHEIDUNGEN ... 9 – 10

vom 12.03.2014

### → BMF-SCHREIBEN ..... 11

vom 07.03. bis 13.03.2014

### → STATUS ..... 12 – 17

zum 14.03.2014

Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014

Haushaltsbegleitgesetz 2014

Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 18

vom 15.03. bis 21.03.2014

**Bundestag:** 5. Sitzung des Finanzausschusses u. a. mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2011 bis 2014 (24. Subventionsbericht)

**Bundesrat:** keine Sitzung, nächste Sitzung 11.04.2014

**Stakeholder:** keine steuerpolitisch relevanten Termine

## VERBÄNDE GEGEN ÄNDERUNGSVORSCHLAG ZUR MUTTER/TOCHTER-RICHTLINIE

Die acht großen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (8er-Bande) haben sich mit Schreiben vom 10.03.2014 gegen Regelungen gewandt, die in die Mutter/Tochter-Richtlinie aufgenommen werden sollen. Bereits am 25.11.2013 hatte die EU-Kommission Änderungsvorschläge zur Mutter/Tochter-Richtlinie in den Ministerrat eingebracht (siehe hierzu BID Steuerpolitik 2013.50). Der zuständige Ausschuss für Wirtschafts- und Währungsfragen (ECON) des Europäischen Parlaments hatte sich mit Berichtsentwurf vom 28.01.2014 seinerseits für Änderungen am Entwurf der EU-Kommission ausgesprochen und diese mit Änderungsantrag vom 28.02.2014 beantragt. Gegen diese Änderungsanträge wendet sich nun die „8er-Bande“. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

---

## REFERENTENENTWURF ZUR FATCA-USA-UMSETZUNGSVERORDNUNG

Am Donnerstag, den 06.03.2014 hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) einen Referentenentwurf zur FATCA-USA-Umsetzungsverordnung vorgelegt. Im vergangenen Jahr, am 31.05.2013, haben Vertreter der Bundesregierung und der USA das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten und zur Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Acts (FATCA) unterzeichnet (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2013.24). (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

---

**Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:**

## OFD FRANKFURT: VERFÜGUNG ZUR RÜCKBEZIEHUNGSFIKTION DES § 8B ABS. 4 S. 6 KSTG BEI UNTERJÄHRIGEM HINZUERWERB VON ANTEILEN – STREUBESITZDIVIDENDEN

---

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 6](#)

---

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



**PROBEABONNEMENT**

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔ .....

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

**PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE**

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

**REDAKTION**

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Moritz Hunger, [mh@bid.ag](mailto:mh@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

**IMPRINT**

Herausgeber: polisphäre e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphäre.eu](mailto:berlin@polisphäre.eu)  
[www.polisphäre.eu](http://www.polisphäre.eu)